

Kritik des extraktivistischen Alltagsverstands

Gudynas, Eduardo

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gudynas, E. (2021). Kritik des extraktivistischen Alltagsverstands. *Das Argument*, 337, 187-199. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-86744-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Basic Digital Peer Publishing-Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den DiPP-Lizenzen finden Sie hier:
<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Terms of use:

This document is made available under a Basic Digital Peer Publishing Licence. For more information see:
<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Eduardo Gudynas

Kritik des extraktivistischen Alltagsverstands¹

Zwar hat die Praxis der Rohstoff-Ausbeutung (Extraktivismus) eine lange Geschichte, die sich bis in die Kolonialzeit zurückverfolgen lässt, doch hat sich in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass sie mit sehr verschiedenen politischen Regimen vereinbar ist. Versteht man darunter Aneignungsweisen großer Mengen natürlicher Ressourcen bzw. die höchst aufwendigen Prozesse, um diese zu den globalen Märkten zu bringen, dann sieht man in ihnen weiterhin unverzichtbare Träger von Entwicklung. Das ist der Grund, warum Lateinamerika noch immer der Lieferant von Rohstoffen ist und dadurch eine untergeordnete Rolle in der Globalisierung spielt.

Die Extraktivismen bleiben erhalten, ändern sich jedoch insofern, als sie verschieden organisiert werden. So haben sich konservative Formen wie in Kolumbien oder Peru herausgebildet, neben anderen mit unterschiedlicher progressiver Tönung wie in Bolivien, Ecuador oder Venezuela, mit teilweise dramatischen Wendungen – Übergängen von konservativen zu progressiven Regierungen, um dann wieder in den Konservatismus zurückzufallen (wie in Argentinien und Brasilien). In einigen Fällen entfalten sich die Extraktivismen marktgetrieben und drängen den Staat beiseite, in anderen stützen sie sich auf den Staat.

Extreme Fälle sind etwa Venezuela und Brasilien. Die Regierung von Nicolás Maduro klammert sich an einen progressiven Diskurs mit antiimperialistischer Rhetorik, bleibt aber abhängig vom Erdölsektor, trotz verschiedener Bergbau-Projekte im Süden des Landes. Jair Bolsonaro kündigt dagegen in Brasilien eine Vertiefung der Extraktivismen an, will Landwirtschaft und Viehzucht ausweiten, den Zugang zu von Indigenen bewohnten oder unter Naturschutz stehenden Regionen öffnen, wobei er sich eines auf Gewalt setzenden und ultrakonservativen Diskurses bedient.

Es gibt wichtige Unterschiede zwischen konservativen und progressiven Strategien, die hier nicht in Abrede gestellt werden sollen (vgl. Gudynas, Guevara, Roque 2008). Es fällt jedoch auf, dass trotz dieser Unterschiede der Extraktivismus zahlreiche Verteidiger in ganz verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen hat. Der vorliegende Artikel legt den Akzent auf diesen Umstand und arbeitet daher mit dem Begriff des Narrativs. Wie sehen die Narrative aus, die die Konstruktion eines mit dem Extraktivismus kompatiblen »Alltagsverstands« unterstützen und legitimieren?

Argumente und Narrative

Der Bezug auf Narrative findet sich vielfach in Politik-Analysen, darunter »Narrative der Entwicklung« (Roe 1991) bzw. das Konzept »kausaler Geschichte« (Stone

1 »Las narrativas que construyen un sentido común extractivista«, in: *Pensamento critico latino-americano. Reflexões sobre políticas e fronteiras*, hgg. v. Edna Castro, São Paulo 2019, 109-29.

2012, Roe 1994, Fischer 2003); oder die Diskursanalyse (Roe 1994, Antonelli 2014). Narrative verbinden »Argumente« miteinander, die eine Prämisse einschließen, um zu einer Schlussfolgerung zu kommen, die sich als logisches Resultat darstellt. Man muss sich klarmachen, dass Narrative und Argumente keine Synonyme sind (vgl. Fischer 2003, Wodak 2016). Unter Narrativen versteht man Geschichten mit einer Handlung, die Situationen und Bedeutungen einschließen und bestimmte Argumente nutzen. Solche Geschichten dienen der Konstruktion bestimmter Politiken, wie im Falle der Extraktivismen, aber sie sind auch auf anderen Feldern wirksam, wie der Gesundheit, der Erziehung usw. Hier geht es darum, dass die Extraktivismen als ebenso segensreich wie notwendig, kritische Hinweise auf negative Folgen für Gesellschaft und Umwelt hingegen als unbegründet dargestellt werden.

Im Folgenden dienen als Beispiel eines extraktivistischen Narrativs die Erklärungen von Brigitte Baptiste, der Direktorin des *Instituto de Investigación de Recursos Biológicos Alexander von Humboldt* in Bogotá.² Sie befürwortet die Ölförderung und behauptet, Kolumbien müsse »bis auf den letzten Tropfen« alles herausholen, wobei sie um Argumente nicht verlegen ist. Es ist dies ein aus mehreren Gründen bezeichnender Fall. Ihre Haltung ist extrem, wie die Rede vom »letzten Tropfen« zeigt, aber ihre Vorstellungen resümieren nur die Positionen, die in allen südamerikanischen Ländern von Politikern, Unternehmern und Akademikern verfochten werden, auch wenn sie sie nicht immer so unverhohlen aussprechen oder sie allesamt in einer einzigen Erklärung unterbringen. Darüber hinaus ist dies ein Fall, in dem der Extraktivismus von jemandem verteidigt wird, die als »Expertin« für Umweltfragen bzw. Umwelt-»Wissenschaftlerin« gilt (vgl. Gudynas 2019).

Der Fall der Verteidigung des Extraktivismus

Baptiste bietet den in den Extraktivismus verwickelten Interessierten unterschiedliche Argumente. Da ist zunächst die Umweltfrage, die sie in der Weise aufnimmt, dass Erdölförderung »praktisch keinerlei« Auswirkungen auf die Umwelt habe, denn die Unternehmen hätten sich in den zurückliegenden drei Jahrzehnten »sehr gut« an die für Betriebsgenehmigungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen geltenden Voraussetzungen angepasst, wobei es ihnen »auf beeindruckende Weise« gelungen sei, »soziale und ökologische Kosten zu minimieren«. Mit großem technologischem Optimismus behauptet sie, Erdöl lasse sich auf eine die Biodiversität respektierende Art fördern, und der Beitrag der kolumbianischen fossilen Brennstoffe zum Klimawandel sei minimal. Das nationale Territorium werde bei dem geringen Umfang der Enklaven mit Bohrlöchern so gut wie nicht in Mitleidenschaft gezogen. Es gebe keine Alternative zur Entwicklung des Landes, weshalb die Einbeziehung der lokalen Gemeinden in den Entscheidungsprozess über die Extraktivismen fragwürdig sei. Eine Reihe dieser Argumente sind bereits in Ländern wie Bolivien, Brasilien oder

2 »Ich lehne die von Medienkampagnen getragenen Volksbefragungen ab«, sagt sie in einem Interview mit Andrés Vargas Ferro am 10.1.2018 (<https://lasillavacia.com/silla-llena-rural/historia/me-opongo-las-consultas-populares-hechas-por-campanas-mediaticas>).

Ecuador in Anschlag gebracht worden, um die konventionelle Förderung fossiler Brennstoffe – in Argentinien das Fracking – zu verteidigen.

Indes mangelt es diesen Aussagen an wissenschaftlicher Fundierung, gibt es doch eine enorme Anzahl von Studien, die die schwerwiegenden Auswirkungen auf die Umwelt belegen. Im Folgenden ist es nicht möglich, diese im Einzelnen mit der gebührenden Sorgfalt vorzustellen. In allen Phasen der Erschließung, Ausbeutung und Aufgabe von Lagerstätten gibt es Auswirkungen, etwa durch das Abholzen von Wäldern, um Zugänge zu schaffen; durch Schlämme und andere Rückstände, die das Grundwasser und andere Gewässer verseuchen; durch die Emission von Gasen, usw. (vgl. Gudynas 2019, Campanini u.a. 2014). Was wissenschaftliche Genauigkeit und das Leben in den Gemeinden betrifft, ist es nicht richtig zu behaupten, die Erdölförderung habe »so gut wie keine« Auswirkungen oder sei mit Biodiversität bestens vereinbar. Im Gegenteil, es kommt zu substantiellen negativen Auswirkungen, sowohl hinsichtlich der Struktur wie der Dynamik der Ökosysteme, viele davon sind bekannt, andere möglicherweise noch gar nicht erfasst. Dazu kommen negative Folgen in sozialer Hinsicht, von der Vertreibung indigener Gemeinschaften bis zu immer weiteren Gewaltakten gegen lokale Gruppen, die nicht zu vernachlässigen sind.

Das Argument der in Mitleidenschaft gezogenen Bodenfläche wird angebracht, um darauf hinzuweisen, dass die Enklaven der Ölförderung klein sind, die Umweltprobleme hingegen von Viehzucht und Landwirtschaft verursacht werden, die enorme Flächen beanspruchen. Man kommt so zu der bizarren Vorstellung, dass die Produktion von Lebensmitteln größere Schäden verursacht als das Bohren nach Öl. Solche Ansichten leiden an mehreren Vereinfachungen. Einerseits haben kleine Enklaven wie Bergbau oder Ölförderung große territoriale Auswirkungen, denn sie organisieren sich netzförmig mit Verbindungen (wie Pipelines für Öl oder Gas) und Becken (wie Staudämme zur Bereitstellung elektrischer Energie). Die Enklaven von Bergbau oder Ölförderung gehören zu Konzessionen, die einschneidende Folgen für die Umwelt in weiten Teilen des Landes haben. Andererseits wird vergessen, dass es sich um zwei sehr verschiedene Typen von Bewirtschaftung handelt. Sowohl fossile Brennstoffe wie Bergbauprodukte sind natürliche, nicht erneuerbare Ressourcen, d.h. wenn sie erschöpft sind, dann bedeutet das den unumkehrbaren Verlust eines ökologischen Erbes. Landwirtschaft hingegen beruht auf erneuerbaren natürlichen Ressourcen und bietet daher mehr Optionen für nachhaltige Wirtschaften.

Dieser Unterschied findet seinen wohl schärfsten Ausdruck im Tagebau, der eine regelrechte »ökologische Amputation« bedeutet. Hier werden Jahr für Jahr Millionen Tonnen von Erde und Gestein bewegt, so dass ganze Berge verschwinden und enorme Krater entstehen. Beispiele für solche Amputationen sind die Enklaven von Cerrejón in Kolumbien, Yanacocha in Peru oder Carajás in Brasilien. Unter diesen Bedingungen sind die für die Umwelt ergriffenen Schutzmaßnahmen bloße Euphemismen, um Nebeneffekte zu bekämpfen (z. B. Staub), ohne dass es möglich wäre, den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen (vgl. Gudynas 2015a). Das Narrativ, das die Extraktivismen verteidigt, redet diese Umstände klein oder bringt sie zum Verschwinden, als gäbe es keinen Unterschied zwischen erneuerbaren und nicht

erneuerbaren Ressourcen. Die Analogien mit der Landwirtschaft entbehren jeder Grundlage. Es gibt zwar agro-ökologische Praktiken, jedoch keinen »ökologischen« oder »organischen« Abbau von Mineralien oder Öl.

Die wiederholte Behauptung, die bei der Ölförderung in Südamerika freigesetzten Treibhausgase seien unbedeutend, dient der Rechtfertigung des »Rechts« auf Ölförderung; sie sei ökonomisch notwendig und der Klimawandel sei ein Problem, das die industrialisierten Länder lösen müssen (so die Haltung in Ländern wie Bolivien und Venezuela). Doch alle südamerikanischen Länder verursachen Emissionen, die sie in Fällen wie Brasilien zu den großen globalen Dreckschleudern machen und, umgerechnet pro Kopf, ganz in die Nähe der Indikatoren der industrialisierten Länder bringen. Hinzu kommt, dass die fossilen Brennstoffe der exportierenden Länder wie Ecuador, Kolumbien oder Venezuela ja an anderen Stellen des Planeten verbrannt werden und dadurch sehr wohl zum globalen Temperaturanstieg beitragen. Aus diesen Gründen fordert die wissenschaftliche Gemeinschaft, die sich im *Intergovernmental Panel on Climate Change* zusammengeschlossen hat, rigide Einschränkungen der erdöl-basierten Zivilisation, mit dem Ziel, keine neuen Förderstätten zu erschließen.

Was nun die Argumente hinsichtlich einer neuen Haltung der Unternehmer angeht – sowohl hinsichtlich schadstoffreduzierender neuer Technologien wie sozialer und ökologischer Verantwortung –, so hat Baptiste keine Mühe, ihnen eine positive Bilanz zu attestieren: der Ölsektor lege eine »beeindruckende« Innovationsdynamik an den Tag, habe einen Großteil seines »Reichtums« in Innovationen investiert, arbeite ohne Unterlass an seiner Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz. Die Argumente, welche die gute Umweltbilanz der Unternehmer hervorheben, mischen sich mit anderen, die darauf anspielen, dass die lokalen Gemeinschaften diese Veränderungen nicht wahrnehmen und dass folglich ihr Misstrauen unbegründet sei. Es wird unterstellt, dass solche Unkenntnis die Widerstände gegen die Extraktivismen anheize, die, wäre mehr Wissen vorhanden, auf größere Akzeptanz stoßen würden. Freilich lässt sich kaum übersehen, dass der von den Ölkonzernen erwirtschaftete »Reichtum« vor allem zu den Aktionären und in den Schuldendienst abfließt und keineswegs wissenschaftlich-technische Innovation befördert. Tatsächlich sind die Investitionen in Forschung und Entwicklung 2015 auf etwa 15 % gefallen, 2016 waren es wieder 5 % mehr (vgl. die Zahlen der *Internationalen Energieagentur* von 2017).

Die Umweltaktivitäten der Konzerne, auf der Grundlage der sogenannten »Corporate Social Responsibility«, haben keine oder nur bescheidene substanzielle Auswirkungen (vgl. Frynas 2005). Gerade der Ölsektor kommt Umwelt-Auflagen und -Kontrollen kaum nach, verwendet veraltete oder ungeeignete Technologien, nimmt Kollateralschäden und andere Unfälle in Kauf, vertuscht Vorfälle, usw. (vgl. O'Rourke u. Connolly 2003). Alles vielfach vorgekommen in Südamerika (vgl. Kimerling 2001, Ruíz Molleda u.a. 2017, Honty 2016).³ Der Ölsektor selbst lässt verlauten, dass es nicht um den Schutz der Umwelt geht, sondern um die Maximie-

3 Man nimmt an, dass es im argentinischen Erdöl-Fördergebiet von Neuquén zu zwei Ölverschmutzungen täglich kommt; insgesamt 3368 Vorfälle in vier Jahren (vgl. »Los derrames de Vaca Muerta«, in: *Página 12*, 19.11.2018, www).

zung der Ausbeutung (Wojtanowicz 2016). Dasselbe Problem findet sich im Bergbau (wie die Dammbrüche von Bento Rodrigues 2015 und von Brumadinho 2019 in Brasilien zeigen). Nicht einmal die progressiven Regierungen haben erreicht, dass die Unternehmen Verantwortung übernehmen (vgl. Cisneros u. Christel 2014).

Verheerende Kollateralschäden in der Politik

Im Zentrum der öffentlichen Debatte stehen meist lokale Vorfälle mit negativen Folgen für die Umwelt, doch die Kollateralschäden in der Politik bleiben unberührt (Gudynas 2015b). Beispiele dafür sind etwa das Herunterschrauben von Umweltauflagen, um bestimmte Projekte zu fördern (siehe etwa die Vergabe von Express-Umweltlizenzen in Peru und Kolumbien). Mit solchen Maßnahmen werden Umweltvorschriften auf dem gesamten Territorium ausgehebelt. Weitere substanzielle Kollateralschäden erleiden die Menschenrechte, denn um ein Projekt zu unterstützen, ist es üblich, Informationen zurückzuhalten oder lokale Gewaltakte zu dulden. Hier kommt es zu Einschränkungen der Bürgerrechte. Es gibt ökonomische, politische, kulturelle u. a. Kollateralschäden. Wie man sehen kann, sind diese nicht räumlich begrenzt, und viele von ihnen gehen konkreten Projekten voraus, indem sie künftigen Investitionen allererst den Weg bahnen. In Sektoren wie den fossilen Brennstoffen oder dem Bergbau können die Kollateralschäden sehr viel schlimmer sein als die lokalen Auswirkungen. Das hängt damit zusammen, dass sie nicht leicht festzustellen und nur sehr schwer korrigierbar sind. Die Narrative des Extraktivismus operieren auch auf diesem Niveau, stellen die Veränderungen als an sich positiv und notwendig dar, als Mittel zur Sicherung des Wirtschaftswachstums.

Das klassische Argument besagt, dass Ölförderung stets ein gutes Geschäft ist, weil es aufgrund von Exporten viel Geld einbringt. Aber das lässt sich nur behaupten, wenn die umweltökonomische Gesamtrechnung schwerwiegend verzerrt wird, indem man die Kosten vernachlässigt, die die negativen Auswirkungen des Extraktivismus verursachen. Der Ölpreis enthält weder soziale noch ökologische Kosten und schert sich nicht um die Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben vor Ort. Die politischen und ökonomischen Narrative klammern diese Kosten systematisch aus, ignorieren sie und präsentieren die dadurch verzerrte Gesamtrechnung als objektiv und auf der Grundlage strenger Kriterien zustande gekommen. Aber so ist es nicht. Es geht hier um ein in Lateinamerika sehr verbreitetes, konventionelles entwicklungstheoretisches Narrativ, wonach die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen aus Gründen des Wirtschaftswachstums erfolgt. Darin steckt die Anmaßung der Extraktivisten, man verfüge über ein höheres Expertenwissen, wo es der Wissenschaft doch in Wirklichkeit an Informationen mangelt, um sagen zu können, der Abbau der fossilen Brennstoffe sei auf jeden Fall ein »Vorteil«. Es gibt wenige Studien, welche die sozialen und ökologischen Kosten einbeziehen, und sie kommen zu durchaus anderen Ergebnissen⁴ (vgl. Vallejo u. a. 2011).

4 Wie eine in Ecuador durchgeführte Mehrkriterien-Analyse zeigt, wäre es in manchen Fällen für das Land besser, das Erdöl dort zu lassen, wo es ist.

Dieselbe Konfusion entsteht, wenn als Rechtfertigung angeführt wird, dass die Extraktivismen Kompensationen anbieten können für diejenigen, die Nachteile haben. An einigen Orten werden direkte oder indirekte Hilfen zur Verfügung gestellt, etwa in Form von medizinischer Betreuung, Wohnungen, Lebensmitteln, Arbeitsplätzen, usw., als ließen sich damit die Umwelt-, Gesundheits- oder sozialen Schäden kompensieren. Eine weitere Verzerrung, denn Geld kann die zerstörten Ökosysteme oder die verlorene Gesundheit nicht ersetzen. Stattdessen kommt es schließlich zu einem administrativen Umgang vom Typ »ich verseuche Dich, aber ich zahl' auch was«, der an Perversion nichts zu wünschen übriglässt.

Experten und Wissenschaft

Immer wieder greifen die Narrative, die die Extraktivismen verteidigen, auf Wissenschaft und Wissenschaftler zurück. Damit wird unterstellt, es gebe die »eine« objektive, neutrale und, was ihr Wissen angeht, homogene Wissenschaft, und dass diejenigen, die einen universitären Abschluss besitzen oder in akademischen Institutionen arbeiten, über gesichere und korrekere Kenntnisse verfügten als andere Personen. Hier ist Vorsicht geboten. Zunächst ist daran zu erinnern, dass das Kleinreden der Auswirkungen auf die Umwelt oder die Behauptung, die Technologie erlaube adäquate Problemlösungen, aufs alte Terrain der im Positivismus fundierten, kartesischen und mithin deterministischen Wissenschaften führt. Sie behandeln die Umwelt als ein System, das man in allen Einzelheiten kennen kann und innerhalb dessen einfache Interaktionen ablaufen, die einigermaßen effizient vorausgesagt werden können. Der Ökologe wäre dann ein Ingenieur, der mit ökologischen Systemen umzugehen weiß.

Indes weisen jüngste Fortschritte in den Umweltwissenschaften in die umgekehrte Richtung. Die Umwelt lässt sich nicht auf eine einfache Maschine reduzieren, nicht alle Bestandteile sind bekannt, die Wechselwirkungen sind nur teilweise verstanden und gehorchen keineswegs einfachen Kausalbeziehungen. Viele Typen von Interaktionen sind im Spiel, und ein Großteil ist weder linear noch raum-zeitlich abgrenzbar. In neueren Studien wird eingeräumt, dass der Ökologe mit Unsicherheiten und Risiken konfrontiert ist (vgl. Funtowicz u. Ravetz 2000), so dass er niemals sagen würde, Ölförderung oder andere Formen von Extraktivismus hätten praktisch keine Auswirkungen, vielmehr seien solche Aussagen von einem ökologischen Standpunkt aus unmöglich. Ein solcher Wissenschaftler wird Zweifel hegen, Ungewissheiten Rechnung tragen und Vorsicht einfordern (Gudynas 2018). Kurz, es kann hier nicht die eine wissenschaftliche Position geben. Die apologetischen Narrative beruhen auf dem alten kartesischen Blick, der den Optimismus der Eindämmung negativer Wirkungen nährt, Unsicherheiten ausblendet und andere Formen des Wissens nicht ernst nimmt.

Politik und Demokratie

Es dürfte kaum überraschen, dass die extraktivistischen Narrative nicht zuletzt darauf aus sind, Politik und Demokratie zu schwächen. Wo die Bürgerschaft angemessen informiert wird, lokale Erfahrungen eine Rolle spielen, sie über die drohenden Gefahren im Bilde ist, wird sie eine eher ablehnende Haltung gegenüber den Extraktivismen einnehmen. Für diese kommt es also darauf an, politische Teilhabe zu beschneiden, indem der Zugang zu Information erschwert oder verunmöglicht wird. So heißt es etwa, die lokalen Gemeinschaften seien nicht ausreichend im Bilde, sie seien nicht in der Lage, Daten zu analysieren, oder verfolgten undurchsichtige Interessen. Daher habe es keinen Sinn, sie in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen, überdies seien die lokalen und nationalen Behörden die Träger demokratischer Legitimität, ihnen allein komme die Entscheidungsbefugnis zu. Instrumente deliberativer Demokratie werden in Frage gestellt, vertikale Formen von Repräsentation bevorzugt.

Dasselbe wiederholt sich auf der Ebene der Gewalt und der Verletzung der Menschenrechte. Das geht von gewalttätiger Vertreibung bis zum Handel mit Frauen für die Versorgung der Prostitutionsnetzwerke in den Lagern der Berg- oder Ölarbeiter, von der Verfolgung der Proteste durch die Gerichte bis zur Behinderung von Ermittlungen, um die Mörder lokaler Führer zu identifizieren und zu bestrafen. Diese und andere Probleme von Gewalt finden nicht die notwendigen Antworten und lösen auch keine entschiedenen Proteste im Rest der Bevölkerung aus, vor allem in den großen Städten. Zu solch resignierter Hinnahme von Gewalt tragen die extraktivistischen Narrative bei. Zwar mögen manche mit der Absicht vorgetragen werden, lokale Gewalt zu verhindern, doch indem sie die Ausbeutung von Rohstoffen als eine Erfolgsgeschichte erzählen, stärken sie die Narrative, die für diesen Typ von politischen Kollateralschäden funktional sind.

Der Gegenstand der Narrative

Zu den zumeist unbemerkt bleibenden Besonderheiten der extraktivistischen Narrative gehört, dass der Gegenstand, den sie verteidigen, praktisch nie genau bestimmt wird. Stets ergehen sie sich in vagen Andeutungen. Sie setzen Ölförderung, Bergbau oder Monokultur mit Typen von Ressourcen-Aneignung gleich, wie sie jeder Bauer betreibt. Das ist keine untergeordnete Frage, sondern ein zentrales Element im Aufbau dieser Erzählungen. In dem Maße, wie die Bestimmung von Extraktivismus verschwimmt, lässt er sich mit anderen Formen der Inwertsetzung der Umwelt hinsichtlich Intensität, Umfang, Kommerzialisierung oder Nebenwirkungen vergleichen. Damit wird es viel einfacher, den Extraktivismus zu verteidigen. So wird etwa gesagt, das Anprangern von Ölförderung oder Bergbau sei dasselbe, als wollte man den Anbau von Lebensmitteln verhindern, und das einzige, über das man reden könne, seien Maßnahmen zur Eindämmung von Umweltbelastungen.

Es kommt also sehr darauf an, was man unter Extraktivismus versteht. Die vorliegende Analyse gehört zu denjenigen, die sich einerseits an einige der traditionellen

Bestimmungen des Terminus halten, andererseits sie von anderen Weisen der Aneignung der natürlichen Ressourcen abgrenzen (vgl. Gudynas 2015a). Nach diesen Kriterien sind die Extraktivismen Formen der Aneignung natürlicher Ressourcen in großen Mengen und/oder in hoher Intensität, von denen die Hälfte oder mehr als Rohstoffe (Waren) ohne bzw. nur mit geringer industrieller Verarbeitung exportiert werden. Zu ergänzen ist, dass eine Schwelle von 50 % festgelegt wurde, ab der die Ressourcen weiterzuverarbeiten sind, und dass die Definition von »Ware« derjenigen der Statistischen Abteilung der UNO folgt (die ihrerseits auf dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (IWA) basiert). Demnach gibt es vielfältige Extraktivismen, nicht nur in Bereichen des Erdöls und des Bergbaus, sondern auch in der Landwirtschaft, Viehzucht, Holzwirtschaft, Fischzucht u. a. Es handelt sich nicht um »Industrie«, denn es werden keine Produkte hergestellt. Sie sind örtlich gebunden, aber in globale Verwertungsketten eingegliedert. Die Extraktivismen hinterlassen Schäden wie abgeholzte Wälder, verseuchte Böden und Gewässer, jeweils begrenzt auf die Orte, an denen der Abbau betrieben wird. Zusätzlich sind sie für die bereits erwähnten Kollateralschäden im öffentlichen Leben verantwortlich. Die definitorische Genauigkeit ist keine bloß intellektuelle Übung, sondern dient dazu, die Narrative auseinanderzunehmen und Gegen-Narrative zu entwickeln. Eine Kritik, deren Objekt einer genauen Definition entbehrt, wird zu einer wohlfeilen Übung, die dem extraktivistischen Narrativ nichts anhaben kann.

Der extraktivistische Alltagsverstand

Es gibt verschiedene politische Narrative, die die Extraktivismen verteidigen; sie werden an verschiedenen Fronten mit unterschiedlichen Perspektiven eingesetzt, und verwenden dabei ein breites Spektrum an Argumenten, die wiederum Teil größerer Narrative mit unterschiedlichen ökonomischen oder politischen Positionen sind (vgl. Fischer u. Gottweis 2013, Hajer 1995). Zu diesen Großnarrativen gehören etwa diejenigen, die sich dem Schlagwort von den »Lokomotiven« der Entwicklung des kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos zuordnen lassen (darunter eine Bergbau-Lokomotive); aber auch die von der Linksregierung in Brasilien verteidigte Ausbeutung der Ölvorkommen im Meer oder das von Mauricio Macri im argentinischen Patagonien durchgesetzte Fracking. Außerdem enthalten die extraktivistischen Narrative Nebenerzählungen wie die von der angeblichen Effizienz der Unternehmen oder der technisch-wissenschaftlichen Kontrolle.

Die Narrative nutzen bestimmte Argumente und schließen andere aus, sie artikulieren sich selektiv nach oben und unten und nutzen, was immer ihnen funktional erscheint. Einige dieser Dynamiken sind in Baptistes Interview unmittelbar greifbar, verwendet sie doch nur solche Daten, die ihrer Absicht, der Verteidigung der Ölförderung, nützlich sind. So beharrt sie darauf, dass es keine Umweltschäden gebe, dass wissenschaftliche und technologische Lösungen zur Verfügung stünden, und übergeht die klar zu Tage liegenden negativen Auswirkungen. Die Auswahl der Argumente wird gerechtfertigt, indem man sich auf »Experten« beruft, die es wissen

müssen und also befugte Sprecher sind. Zur Hörschaft, an die sich diese Diskurse richten, gehören Gruppierungen, welche die Extraktivismen unterstützen. Es ist nicht etwa so, dass hier der Diskurs einer Minderheit gegenüber einer Mehrheit durchgesetzt würde. Breite Sektoren glauben an die Notwendigkeit, noch das letzte Gramm Rohstoff aus den Bergen und den letzten Tropfen Öl aus der Tiefe herauszuholen, so dass diese Gruppierungen sich wechselseitig stärken und sie zusammen zur Reproduktion dieser Vorstellungen beitragen. All das ist keineswegs jüngeren Datums, sondern lässt sich bis in die Kolonialzeit zurückverfolgen (vgl. Machado Araújo 2014).

Diese Dynamik ist wesentlich dafür verantwortlich, dass sich ein Alltagsverstand formiert, dem zufolge eine Nation ihre Rohstoffe ausbeuten muss, um voranzukommen. Allgemeine Zustimmung verschafft ihm eine hegemoniale Stellung, weshalb verschiedene Autoren in ihm eine Kultur, Ideologie oder Religion sehen. Die politischen Narrative panzern sich als Alltagsverstand, der sich von selbst versteht und Forderungen nach Alternativen ausschließt, ja undenkbar macht. Wer sich gegen den Rohstoffabbau zur Wehr setzt und Alternativen verlangt, wurde etwa vom ecuadorianischen Präsidenten Rafael Correa mehrfach als »verrückt« bezeichnet, und es wurde sogar gesagt, diese Leuten gehörten in die Irrenanstalt. Ein nicht weniger wichtiges Element dieses Alltagsverstands ist der Bezug auf »Wissenschaftler/innen« und »Expert/innen«, der dazu dient, andere Auffassungen zu marginalisieren. So heißt es etwa, die Gemeinden könnten bei lokalen Befragungen nicht verantwortlich über ein Projekt abstimmen, denn es fehle ihnen an Wissen und sie ließen sich durch Emotionen, Mythen oder Illusionen leiten.

So bilden sich Narrative, in denen Tatsachenaussagen mit moralischen Prämissen, Interpretationen mit Meinungen vermischt werden; sie werden zu Mitteln, die überzeugen, rechtfertigen und bestimmte Ideen durchsetzen sollen. Diese Narrative sind schematische Darstellungen ohne Stringenz, und auch wenn man von ihnen nicht viel mehr erwarten sollte, wie Roe (1991) bemerkt, wird einigen von ihnen doch Erklärungskraft zugesprochen. So werden aus Verallgemeinerungen objektive Wahrheiten. Politische Legitimation wird ausgehend von Schlüsselbegriffen wie »natürlichen Ressourcen« oder »Entwicklung« fabriziert. Sie erzeugen und stützen Institutionen (wie Ministerien für Bergbau und Erdöl) und arbeiten an der Akzeptanz von Machtressourcen. In ihren Geschichten finden sich evidente Tatsachen, aber auch symbolische Darstellungen mit emotional aufgebauschten Inhalten, die die Bilder und Interpretationen der Probleme kontrollieren. So sind die Extraktivismen voller »Geschichten von Unschuld und Schuld, Opfern und Tätern, Leiden und Bosheit« (Stone 2012, 228).

Dies führt dazu, die Formierung eines extraktivistischen Alltagsverstands zu analysieren, wobei an die an Gramsci anschließenden Beiträge von Stuart Hall zu erinnern ist. Im Alltagsverstand finden sich alltägliche, einfache, lokal beschränkte, weitgehend intuitive Denkweisen, die in der Gesellschaft weit verbreitet sind (Hall u. O'Shea 2015). Er hat seine Logiken und Inhalte, und so hält man ihn für kohärent. Was Hall und O'Shea für Großbritannien gemacht haben – zu analysieren, wie der

Neoliberalismus langsam in die britische Gesellschaft eindringt, bis er schließlich ihren Alltagsverstand verändert hat -, lässt sich auf die aktuelle Situation in Lateinamerika anwenden. Das geht bis in strukturelle Aspekte, etwa die Naturalisierung der Vorstellung, eine Gesellschaft sei ein Konglomerat von in Konkurrenz zueinander gesetzter Konsument/innen.

Etwas Ähnliches passiert in Lateinamerika mit den Extraktivismen. Es verbreiten sich nach und nach Elemente von Wissen und Sensibilitäten, welche die alten Vorstellungen einer reichen Natur, die auszubeuten ist, stärken – verbunden mit einer ökonomistischen Auffassung von Entwicklung, dem Herunterspielen lokaler Auswirkungen und der Naturalisierung von Kollateralschäden, die die Politiken verändern, bis hin zur Naturalisierung von Gewalt. So erklärt sich ein von Konservativen und Progressiven geteilter extraktivistischer Alltagsverstand, wie man am Beispiel des Fracking in Patagonien sehen kann, das von der Kirchner-Regierung begonnen und von Macri – intensiviert – fortgesetzt wurde. Unterstützung kam aus verschiedenen Bereichen, darunter den Gewerkschaften.

Hall hatte es Ende der 1970-Jahre mit einer Linken zu tun, die sich hinter Positionen verschanzte, die es ihr nicht erlaubten, den Aufstieg der neuen Rechten unter Thatcher analytisch und theoretisch angemessen zu entziffern; daher ihre mangelhaften politischen Vorschläge (Hall 1979, 14). Man könnte einwenden, dass diese Analyse für das Lateinamerika von heute bedeutungslos sei. Doch diese Problematik wiederholt sich in der Gegenwart, denn die Hoffnung auf einen radikal kritischen Blick schrumpfte in dem Maße, wie viele Intellektuelle der Linken zu Progressisten wurden, um schließlich beim extraktivistischen Alltagsverstand zu landen. Aus vielen dieser Kreise speisten sich die Narrative, die den Rohstoffabbau unterstützten, wobei sie es vermieden, genau zu bestimmen, worum es ging. Sie spielten lokale Auswirkungen herunter und ignorierten Kollateralschäden.⁵ Es wird zwar viel geredet über die Rolle der Staatsunternehmen und deren Besteuerung, was zweifellos wichtig ist, doch herrscht Schweigen hinsichtlich der generellen Durchführbarkeit und der Folgen des Extraktivismus, insbesondere im Blick auf die indigenen Völker. In einigen Ländern wie Ecuador und Bolivien beriefen sich die Regierenden auf Marx oder Lenin, änderten aber nichts an der subalternen Stellung innerhalb der globalisierten Geschäftswelt.

Wie auch immer, die Kollateralschäden griffen um sich, besonders die Gewalt, die Schwächung von Rechten und die Beschneidung der Demokratie. All dies trug zum Aufschwung der extremen Rechten bei, wie am Beispiel Bolsonaros unschwer zu erkennen ist, der sich von Anfang an die Verschärfung der Extraktivismen auf die Fahne geschrieben hat. Nicht wenige der progressistischen Intellektuellen gaben ihre

5 Ein gutes Beispiel für die progressistische Verteidigung des Rohstoffabbaus bei Geringschätzung warnender und kritischer Stimmen ist Borón 2012. Es gebe keine Alternative zu Extraktivismus und Entwicklung (er lehnt zwar kapitalistische Entwicklung ab, nicht aber Entwicklung überhaupt, so dass nach einem anderen Typ von Entwicklung gesucht werden müsse). Eine ganze Reihe von Fragen kommen nicht in den Blick, darunter vor allem die Lage der indigenen Völker.

kritische Haltung auf und sprachen nurmehr über Nebenschauplätze. Die Gründe dafür sind vielfältig: Gehorsam gegenüber ihrer Partei, das Mitlaufen innerhalb der Staatsapparate, oder weil sie tatsächlich an all das glaubten. Das kann hier nicht weiter verfolgt werden, doch steht fest, dass sie Regierungen beeinflusst und ihren Teil zu den extraktivistischen Narrativen beigetragen haben.

Die vielfältigen Stimmen, die nach Auswegen aus der Rohstoff-Abhängigkeit suchen – sowohl innerhalb der Zivilgesellschaft wie auf dem akademischen Feld –, fanden kaum Gehör. Mit der Verbreitung der extraktivistischen Narrative wurden die Warnungen aus der Bürgerschaft und der Wissenschaft an den Rand gedrängt, und das Mandat der lateinamerikanischen Linken, radikale Kritik anzubieten, geriet in Vergessenheit. Den im Narrativ der Entwicklungsideologie gefangenen Akademikern gelang es nicht, die spezifischen Aspekte der historischen Konjunktur auf den Begriff zu bringen; indem sie in dem von dieser Ideologie geprägten Alltagsverstand feststeckten, untergruben sie die eigene Kritikfähigkeit. Gerade sie ist unverzichtbar, wenn es um Auswege geht.

Narrative, Gegen-Narrative und Alternativen

Die Analyse politischer Narrative bezieht sich auf Prozesse, die in der Öffentlichkeit ablaufen. Dem müssen Alternativen Rechnung tragen; ein anderes Narrativ lässt sich nicht mit Gewalt aufoktroieren. Das würde darauf hinauslaufen, dass man der eigenen Politik die Hände bindet. Es ist im Gegenteil nötig, die pro-extraktivistischen Erzählungen zu verstehen, um sie dekonstruieren zu können. Zugleich müssen an verschiedenen Fronten Gegen-Narrative aufgebaut werden, um die Auswirkungen des Extraktivismus und dessen Verbindungen mit bestimmten Typen von Entwicklung deutlich zu machen.

In der Öffentlichkeit geht es darum, bestimmte Problemstellungen zu bestreiten, Argumente zu widerlegen, Zusammenhänge in Frage zu stellen. Es ist z.B. nicht akzeptabel, ein spezifisches Narrativ als Ausdruck »der Wissenschaft« zu maskieren; es müssen im Gegenteil Argumentationen verteidigt werden, die Unsicherheit einräumen, Gefahren zum Ausdruck bringen und auf Teilhabe orientieren. Es gibt zahlreiche Anstrengungen der Bürger/innen in dieser Richtung, wie man in verschiedenen Ländern sehen kann, in denen erst durch das Internet möglich gewordene Koordinierungsaktivitäten in Gang gekommen sind. Das ist wichtig, denn es sind ökonomisch und politisch mächtige Gruppen, die den extraktivistischen Alltagsverstand organisieren.

Man kann durchaus argumentieren, dass »rebellische Narrative« nötig seien. Bei ihnen ginge es um Narrative, die der im Bund mit der Entwicklungsideologie stehende herrschende Alltagsverstand als unmöglich, ja undenkbar betrachtet. Diese Gegen-Narrative wären umso wichtiger, als man nicht vergessen darf, dass viele der Auswirkungen eine unmittelbare, unaufschiebbare Antwort verlangen. Solche Reaktionen müssten bis in die Wurzelspitzen der herrschenden Kultur vordringen und der verbreiteten Überzeugung, dass das Erdöl »bis zum letzten Tropfen« herausgeholt

werden muss, die Alternative entgegenhalten, das Öl zu lassen, wo es ist, also auch nicht einen Tropfen mehr herauszuholen. Die Durchsetzung solcher rebellischen Positionen verlangt freilich die Wiedergewinnung einer kritisch-unabhängigen Haltung unter Akademikern und Aktivisten sowie das Einvernehmen mit dem über den ganzen Kontinent verstreuten zivilen Widerstand.

Es gibt verschiedene Versuche in dieser Richtung, besonders in Peru und Bolivien, die sich als Übergänge zum Post-Extraktivismus verstehen (Gudynas 2015b). Auf die Inhalte dieser Vorschläge kann hier nicht weiter eingegangen werden, doch lässt sich ihr enormes Potenzial schon daran ermessen, dass die politischen Narrative, die ein vom Extraktivismus unabhängiges Leben der Staaten und Regionen entwerfen, organisierter und kohärenter auftreten. Dies erklärt, warum sogar die Unternehmerverbände diese Vorschläge als Bedrohung empfinden und bekämpfen (vgl. Ponce Muriel 2014, der ein »Weißbuch« für den kolumbianischen Verband der Bergbau-Unternehmer verfasst hat). Es ist wichtig, die Argumente im Rahmen von Gegen-Narrativen zu organisieren, die die Auswirkungen nicht nur anprangern, sondern alternative Optionen aufzeigen, die verstanden und als mögliche, ja als wünschenswerte empfunden werden. Aus dem Spanischen von Peter Jehle

Literatur

- Antonelli, Mirta A., »Megaminería transnacional e invención del mundo cantera«, in: *Nueva Sociedad*, Nr. 252, 2014, 72-86
- Borón, Atilio, *América Latina en la geopolítica del imperialismo*, Buenos Aires 2012
- Campanini, Jorge, Pablo Villegas, Georgina Jiménez, Marco Gandarillas u. Silvia M. Pérez, *Los límites de las fronteras extractivas en Bolivia. El caso de la biodiversidad en el Aguaragüe*, Cochabamba 2014
- Cisneros, Paúl, u. Lucas Christel, »The democracy deficit of corporate social responsibility in postneoliberal times: an analysis of the Argentinian and Ecuadorian experiences«, in: *Journal of Cleaner Production* 84, Nr. 1, 2014, 174-82
- Fischer, Frank, *Reframing public policy. Discursive politics and deliberative practices*, New York 2003
- ders. u. Herbert Gottweis, »The argumentative turn in public policy revisited: twenty years later«, in: *Critical Policy Studies*, 7. Jg., Nr. 4, 2013, 425-33
- Frynas, Jędrzej G., »The false developmental promise of Corporate Social Responsibility: evidence from multinational oil companies«, in: *International Affairs*, 81. Jg., Nr. 3, 2005, 581-98
- Funtowicz, Silvio, u. Jerome Ravetz, *La ciencia posnormal*, Barcelona 2000
- Gudynas, Eduardo, *Extractivismos, economía y política de un modo de entender el desarrollo y la naturaleza*, Cochabamba 2015a
- ders., »Extractivismos en América del Sur y sus efectos derrame«, in: *La Revista. Boletín de la Sociedad Suiza de Americanistas*, Nr. 76, 2015b, 13-23
- ders., »Múltiples paradojas: ciencia, incertidumbre y riesgo en las políticas y gestión ambiental de los extractivismos«, in: *Polisemia*, 14. Jg., Nr. 25, 2018, 5-37
- ders., »Hasta la última gota. Las narrativas que sostienen a los extractivismos«, in: *RevIISE*, 13. Jg., 2019, 15-31
- ders., Rubén Guevara u. Francisco Roque, *Heterodoxos. Tensiones y posibilidades de las políticas sociales en los gobiernos progresistas de América del Sur*, Montevideo 2008

- Hajer, Maarten, *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*, Oxford 1995
- Hall, Stuart, »The great moving right show«, in: *Marxism Today*, 1979, 14-20
- ders., u. Alan O'Shea, »Common-sense Neoliberalism«, in: S. Hall, Doreen Massey u. Michael Rustin (Hg.). *After Neoliberalism? The Kilburn Manifesto*, London 2015, 52-68
- Honty, Gerardo, »Perú: 60 derrames en 15 años«, in: *Agencia Latino Americana de Informaciones*, Quito, 10.3.2016 (www)
- Kimerling, Judith, »International standards in Ecuador's Amazon oil fields: the privatization of environmental law«, in: *Columbia Journal of Environmental Law*, 26. Jg., Nr. 2, 2001, 289-397
- Machado Aráoz, Horacio, *Potosí, el origen. Genealogía de la minería contemporánea*, Buenos Aires 2014
- O'Rourke, Dara, u. Sarah Connolly, »Just oil? The distribution of environmental and social impacts of oil production and consumption«, in: *Annual Review of Environment and Resources*, 28. Jg., 2003, 587-617
- Ponce Muriel, Álvaro, *Minería moderna para el progreso de Colombia*, hgg. v. der Cámara Colombiana de Minería y Federación Nacional de Productores de Carbón, Bogotá 2014
- Roe, Emery, »Development narratives, or making the best of blueprint development«, in: *World Development*, Bd. 19, Nr. 4, 1991, 287-300
- ders., *Narrative policy analysis. Theory and practice*, Durham 1994
- Ruíz Molleda, Juan Carlos, Galo Vásquez u. Wadson Trujillo, »Mitos y verdades sobre los derrames de petróleo en el Perú«, in: *Boletín Justicia Viva*, 27.10.2017 (www)
- Stone, Deborah, *Policy paradox: the art of political decision making*, 3. A., New York 2012
- Vallejo, María Cristina, Carlos Larrea, Rafael Burbano, Fander Falconí, *La iniciativa Yasuní-ITT desde una perspectiva multicriterial*, Quito 2011
- Wodak, Ruth, »Argumentation, political«, in: *The international encyclopedia of political communication*, 3 Bde., Hoboken/N.J. 2016, 43-52
- Wojtanowicz, Andrew K., »Environmental Control Technology for Oilfield Processes«, in: Stefan Orszulik (Hg.), *Environmental Technology in the Oil Industry*, Heidelberg 2016, 17-51